

21. Jan. 1943

Kopie an Herrn Bundesrat Stampfli.

19. Januar 1943.

An die
Schweizerische Gesandtschaft
Berlin.

Cy. D. 900.

Deutschland - Verhandlungen.

Herr Minister,

Herr Legationsrat Zehnder, dessen erspriessliche Mitarbeit in den schweizerisch-deutschen Verhandlungen wir ausserordentlich geschätzt haben, wird Ihnen über den Verlauf dieser Verhandlungen im einzelnen berichtet haben. Im Ubrigen ist der Verhandlungsverlauf, insbesondere der letzten Stufe, in unserem Bericht an den Bundesrat vom 16. Januar a.o. festgehalten, von welchem Ihre Gesandtschaft ebenfalls Kenntnis erhalten hat. Diesem Bericht werden Sie vor allem schon entnommen haben, dass der Bundesrat Sie im Anschluss an die letzte Verhandlungsstufe mit einer Intervention bei ausländischer deutscher Stelle beauftragt hat. Als die für die Intervention geeignete Person käme unseres Erachtens vor allem Staatssekretär Weizsäcker in Betracht. Für die Intervention selbst, welche vorerst in mündlicher Form erfolgen sollte, möchten wir hiermit folgende Richtlinien geben:

Die Schweiz bedauert ausserordentlich, dass es zu einem vertragslosen Zustand hat kommen müssen, trotz einem sehr weitgehenden schweizerischen Entgegenkommen. In der Sonderevereinbarung vom 18. Juli 1941 ist die höchste Verschuldungsgrenze endgültig mit 950 Millionen festgesetzt worden. Dies geht unter



andern daraus hervor, dass nach den Bestimmungen derselben Sondervereinbarung - unter der Voraussetzung des Fortbestehens geordneter Handelsbeziehungen - die Clearingverschuldung nach dem 31. Dezember 1942 wenigstens teilweise mit deutschen Kohle- und Eisenlieferungen abgedeckt werden sollte. Die Schweiz hat sich nicht nur bereit erklärt, ihre Verpflichtungen hinsichtlich des Clearingkredites von 850 Millionen im vollen Umfang aufrecht zu erhalten, sondern sie hat darüber hinaus ihre Bereitschaft erklärt, neue zusätzliche Clearingkredite im Betrage von 100 Millionen Franken durch eine Verlängerung der Clearing-Wartefristen zur Verfügung zu stellen. Wenn es trotzdem nicht gelungen ist, den vertragslosen Zustand zu vermeiden, so muss die Schweiz die Verantwortung hierfür ablehnen.

Zwischen den beiden Delegationen ist in Aussicht genommen worden, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, für welche die vertragliche Grundlage nunmehr fehlt, de facto weiterzuführen. Die Schweiz ist hierzu bereit, unter der Voraussetzung, dass beide Teile ihre Verpflichtungen aus dem bisherigen Abkommen einhalten. Sollte aber Deutschland hinter seine Verpflichtungen, insbesondere hinsichtlich der Lieferung von Kohle, Eisen und flüssigen Brennstoffen, zurückgehen, mit welchen es schon heute um 6 - 8 Monatsraten im Rückstande ist, so müsste auch die Schweiz mit bezug auf ihre Verpflichtungen alle Vorbehalte machen.

In diesem Zusammenhang hat das von der deutschen Delegation am Abend des 15. Januar überreichte Memorandum auf schweizerischer Seite ausserordentliches Befremden hervorgerufen. In diesem Memorandum interpretiert die deutsche Delegation zum vorneherein den de facto-Zustand so, dass die Schweiz einseitig an ihre Verpflichtungen gebunden wäre, während anderseits Deutschland an seinen Verpflichtungen

die radikalsten Kürzungen vornimmt. Dies ist ein zwischen selbständigen Staaten so ungewohntes Vorgehen, dass die schweizerische Regierung nicht glauben kann, dass von der deutschen Delegationsüberreichte Memorandum entspreche tatsächlich den Intentionen der deutschen Regierung. Wir möchten Sie bitten, der deutschen Regierung in aller Form die Frage vorzulegen, ob ihre Intentionen wirklich mit dem Inhalt des genannten Memorandums übereinstimmen.

Im Memorandum der deutschen Delegation wird unter anderem eine radikale Kürzung der deutschen Kohlenlieferungen für die Dauer des de facto-Zustandes in Aussicht genommen, während im gleichen Atemzug z.B. vorausgesetzt wird, dass die schweizerischen Stromlieferungen "ungestört fortgeführt werden." Ferner wird eine einseitige Kürzung der Ueberweisungen im Reise- und Versicherungsverkehr vorgesehen, dies in der Erwartung, dass die Schweiz an der Dotierung der Reichsbankspitze keine Änderungen vornehme. Ueberhaupt wird nach diesem Memorandum von der Schweiz die Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Leistungen erwartet, wobei (in Abschnitt II des Memorandums) für den Fall von einschränkenden schweizerischen Massnahmen angedroht wird, dass sich die deutsche Regierung gezwungen sehen werde, "die der Schweiz unter der Voraussetzung geordneter vertraglicher Wirtschaftsbeziehungen gewährten Sondervorteile zurückzuziehen".

Die Schweiz kann in diesen Ankündigungen nicht eine auf Gegenseitigkeit beruhende Fortführung des Wirtschaftsverkehrs erblicken. Unter diesen Umständen muss die Schweiz die unter Abschnitt II des Memorandums angedrohten Konsequenzen entschieden ablehnen. Die Schweiz ist durchaus gewillt, ihre Verpflichtungen aus dem bisherigen Vertrage aufrecht zu erhalten, aber unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit.

In diesem Sinne wird sie für die nächste Zukunft die Richtlinie befolgen, ihr Verhalten genau dem Verhalten Deutschlands anzupassen.

Unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit ist die Schweiz bereit, die Transfergarantie durch den Bund weiterhin aufrecht zu erhalten. In erster Linie wäre sie bereit, die Bundesgarantie im Rahmen ihrer früher eingegangenen Verpflichtungen, d.h. bis zu einer maximalen Verschuldungsgrenze von 850 Millionen weiterzuführen. Sie muss dabei allerdings von der Voraussetzung ausgehen können, dass die von den deutschen Stellen bisher erteilten Devisenbescheinigungen und Devisengenehmigungen den für die Verschuldungslimite festgesetzten Rahmen nicht überschritten haben. Die deutsche Delegation hat uns die in der Beilage mitfolgende Aufstellung übergeben, aus welcher wir an sich den Schluss gezogen haben, dass die vereinbarten Limite getreulich eingehalten worden ist. In dieser Schlussfolgerung sind wir allerdings im weiteren Verlaufe der Besprechungen durch gewisse Äusserungen des Gesandten Hemmen wieder etwas schwankend geworden. Wir möchten Sie deshalb beauftragen, sich von der deutschen Regierung bestätigen zu lassen, dass die Verschuldungslimite bei der Erteilung der Devisenbescheinigungen und-genehmigungen tatsächlich eingehalten worden ist.

Die Schweiz wäre fernerhin - immer unter dem Vorbehalt der Gegenseitigkeit bereit, die Transfergarantie auch auf neue Zahlungsüberweisungen anzuwenden, welche während der Dauer des de facto-Zustandes gemacht werden, sofern die deutsche Regierung in der Lage ist, die bindende Erklärung abzugeben, dass sich solche Überweisungen nur im Rahmen der durch die Clearingeinzahlungen in Zürich geschaffenen Disponibilitäten halten, d.h. dass die deutschen zuständigen Stellen Devisenbescheinigungen und Devisengenehmigungen lediglich im Rahmen der im laufenden Clearingverkehr anfallenden Wertgrenzen erteilen. Dabei könnte deutscherseits von der Vorausbelastungsmöglichkeit gemäss Art. 3 Ziff. 7 (unter Ausschluss von Ziff. 6) der Anlage A zum Verrechnungsabkommen vom 9. August 1940 Gebrauch gemacht werden. Die unerlässliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Bundesgarantie im oben dargestellten Rahmen besteht indessen darin, dass die Spaltung des schweizerisch-deutschen Clearings durch die Lieferung von deutschen Waren stets ein solches Anmass behält, dass nicht nur die laufenden Devisenbescheinigungen

honoriert werden können, sondern dass auch die Vorgriffe auf in der Zukunft anfallende Wertgrenzen, welche die Schweiz Deutschland eingeräumt hat bzw. einzuräumen bereit ist, ohne Erhöhung der Verschuldungslimite transferiert werden können. Diese Voraussetzung ist im Augenblick durch das deutsche Memorandum vom 15. Januar, welches erhebliche Abstriche an den deutschen Lieferungen vorsieht, zerstört worden. Die Schweiz ist infolgedessen gegenwärtig nicht in der Lage, beurteilen zu können, ob und in welcher Form die Bundesgarantie für Einzahlungen ins schweizerisch-deutsche Clearing, welche nach dem 15. Januar 1943 erfolgten, aufrecht erhalten werden kann.

Wir nehmen gerne an, dass Sie die in Aussicht genommene Intervention unverzüglich unternehmen können und gewärtigen Ihren Bericht über deren Erfolg.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

1 Beilage.

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
Der Direktor der Handelsabteilung:

sig. HOTZ

Am 22.12.42
von Eyboth erhalten.

22.12.42

Zahlen der deutschen Einfuhr aus der Schweiz.

Monat	Dtsche Einzahl. auf Waren-und Landw. Konto	Dtsche.Einf. aus der Schweiz	Schweiz.Aus- fuhr nach Dtschl.	Dev.Zuteilun- gen aus der Pauschale des RWM.	Dev.Zutei- lungen über d.Normal-u. Pauschalwert- grenzen hin- aus
	Mill.Fr.	Mill.Fr.	Mill.Fr.	Mill.Fr.	Mill.Fr.
Juli 40	13	24	24	-	25
Aug. 40	18	24	32	-	25
Sept. 40	24	26	31	14	25
Okt. 40	43	36	39	21	25
Nov. 40	39	43	45	19	25
Dez. 40	37	43	44	7	25
Jan. 41	46	35	35	19	25
Febr. 41	31	35	44	17	25
März 41	51	38	46	12	25
April 41	41	31	42	12	25
Mai 41	51	38	53	21	25
Juni 41	86	40	47	19	25
Juli 41	51	43	48	28	21
Aug. 41	40	40	40	26	17
Sept. 41	64	83	54	24	38
Okt. 41	52	52	53	29	18
Nov. 41	53	52	60	16	22
Dez. 41	74	57	56	31	5
Jan. 42	47	52	37	28	81
Febr. 42	82	43	40	19	70
März 42	69	48	50	17	39
April 42	54	55	48	16	39
Mai 42	54	54	50	16	38
Juni 42	64	74	58	12	41
Juli 42	70	69	62	14	33
Aug. 42	59	54	50	24	37
Sept. 42	62	54	55	17	35
Okt. 42	87	71	69	33	
Nov. 42	58			31	